

## 2.4NEU3 Chancen für alle: Faire Arbeit

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: 2. GEMEINSAM und GERECHT - für eine solidarische Brandenburg

294 Ob Erwerbsarbeit, Ehrenamt oder Familienarbeit: Arbeit hat in unserer Gesellschaft einen zentralen  
295 Stellenwert. Gute Erwerbsarbeit ist für viele die Grundlage für ein gesichertes Einkommen, soziale  
296 Anerkennung und ein selbstbestimmtes Leben in Würde. Globalisierung und Digitalisierung wirken sich  
297 besonders stark auf die Arbeitswelt aus. In Brandenburg sind viele neue Arbeitsplätze entstanden, die Zahl  
298 der Arbeitslosen ist heute mit unter sieben Prozent so niedrig, wie noch nie seit 1991. Doch viele der  
299 Arbeitsplätze sind befristet, Minijobs oder unsichere Leiharbeit. Auch das Lohngefälle zu den westlichen  
300 Bundesländern ist nach wie vor groß, mehr als ein Drittel aller Beschäftigten in Brandenburg arbeitet im  
301 Niedriglohnsektor - oft in Jobs, in denen sie so wenig verdienen, dass sie mit Wohngeld oder  
302 Arbeitslosengeld II (ALG II) aufstocken müssen.

303 Wir wollen nicht zulassen, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgeht. Unser grünes  
304 Gesellschaftsbild ist geprägt von Chancengleichheit, Solidarität und Teilhabe. Sozialverträgliche  
305 Beschäftigung und faire Entlohnung gehören für uns zu den Grundlagen nachhaltigen Wirtschaftens.  
306 Schlecht bezahlte, unsichere Jobs erschweren die Lebens- und Familienplanung und führen auf Dauer zu  
307 Armut im Alter. Die Herausforderung der Zukunft wird es sein, einen Arbeitsmarkt zu schaffen, der allen  
308 Menschen gerechte Chancen und fairen Arbeitslohn bietet.

309 Wir setzen uns für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein, für ein Ende der  
310 Lohndiskriminierung von Frauen und gleichen Lohn für gleiche Arbeit. „Typische Frauenberufe“,  
311 beispielsweise in der Pflege, müssen endlich aufgewertet und besser bezahlt werden –  
312 Geschlechterstereotyp bei der Berufswahl wollen wir überwinden.

313 Arbeit bedeutet gerade für Menschen mit Behinderung gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb wollen wir  
314 ihnen bessere Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt ermöglichen und dazu Modellprojekte initiieren.

315  
316 Verkaufsoffene Sonntage sehen wir sehr kritisch. Sie behindern die Familienzeit der Angestellten,  
317 untergraben den letzten weitgehend kommerzfreien Wochentag und begünstigen die großen Ketten  
318 gegenüber den kleinen Läden, die zusätzliche Öffnungstage oft nicht stemmen können. Wir wollen sie  
319 deshalb auf ganz besondere Anlässe reduzieren.

### 320 **Öffentliche Hand als Vorbild**

321 Errungenschaften wie der Mindestlohn dürfen nicht aufgeweicht werden. Prekäre Entlohnung im  
322 öffentlichen Auftrag darf es nicht geben. Das betrifft die Vergaberichtlinien des Landes Brandenburg  
323 genauso wie prekäre Beschäftigungsverhältnisse an Musik- und Hochschulen. Wer aus öffentlichen Mitteln  
324 finanziert wird, muss eine faire Bezahlung erhalten. Die öffentliche Hand wollen wir zum Vorbild für gute  
325 Arbeit machen. Mobbing, Überstunden, ständige Erreichbarkeit: Arbeit darf nicht krank machen. Deshalb  
326 werben wir für eine gesundheitsfördernde Arbeitskultur und altersgerechte Arbeitsplätze.

327 Die Beteiligungsrechte der Personalräte im Personalvertretungsgesetz Brandenburg wollen wir ausbauen,  
328 besonders in Bezug auf Arbeitsverdichtung und die Auswirkungen der Digitalisierung. Verstöße gegen die  
329 Beteiligungsrechte der Personalräte müssen gerichtlich unterbunden werden können.

### 330 **Langzeitlose in Arbeit bringen**

331 Immer noch sind in Brandenburg mehr als 80.000 Menschen ohne Arbeit. Um sie dauerhaft in Arbeit zu  
332 vermitteln, müssen sie individuelle Betreuung und Zugang zu aktivierender und qualifizierender Förderung  
333 erhalten. Wir wollen die Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose verbessern. Wir brauchen sinnvolle  
334 Weiterbildungsmaßnahmen, die nachhaltig wirken und nicht nur dazu dienen die Statistik zu schönen.

335 Diese müssen auf Augenhöhe mit den Betroffenen regelmäßig evaluiert und weiter ausgebaut werden. Die  
336 Sanktionen gegenüber ALG II-Bezieher\*innen sind wirkungslos und diskriminierend. Die  
337 Hinzuverdienstregeln sind zudem so restriktiv, dass sich Arbeit kaum lohnt und das ALG II zu einer  
338 Stilllegungsprämie verkommt. Wir fordern deshalb auf Bundesebene ein Ende der Sanktionen, bessere  
339 Hinzuverdienstregeln und eine Reform der Grundsicherung. Statt Androhung und Strafe wollen wir  
340 Motivation, Anerkennung und gute Beratung. Das setzt voraus, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter  
341 der Jobcenter und Arbeitsagenturen gut geschult sind und Zeit zur individuellen Betreuung haben. Auf  
342 Bundesebene setzen wir uns für ein wissenschaftlich begleitetes Modellprojekt zum bedingungslosen  
343 Grundeinkommen (BGE) ein

344 Die Lage der Langzeitarbeitslosen ist besonders schwierig. Arbeitsmarktprogramme, die diesen Menschen  
345 lediglich eine kurzfristige Beschäftigung auf dem „zweiten“ oder „dritten“ Arbeitsmarkt ermöglichen, haben  
346 sich im Land Brandenburg als nicht zielführend erwiesen. Im Gegenteil, viele der Teilnehmenden der  
347 ehemaligen Maßnahmen standen wegen der fehlenden Nachhaltigkeit der Programme bald wieder ohne  
348 Arbeit da. Wir möchten, dass für diese Menschen Arbeit öffentlich durch Programme gefördert wird. Für uns  
349 steht dabei im Vordergrund, dass die Programme auf Langfristigkeit angelegt sind. Mit einem  
350 Passiv-Aktiv-Transfer werden ALG II und Kosten der Unterkunft in einen Zuschuss zu den Lohnkosten  
351 umgewandelt. Langzeitarbeitslosen Menschen wird dadurch die Aufnahme einer regulären,  
352 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung erleichtert. Soziale Teilhabe wird wieder möglich. Wir werden  
353 uns gegenüber der kommunalen Ebene und im Bund für die Einführung des Passiv-Aktiv-Transfers  
354 einsetzen. Die bestehende Maßnahme „Integrationsbegleitung für Langzeitarbeitslose und  
355 Familienbedarfsgemeinschaften“ möchten wir fortführen.